

Im ganzen Reich haben am letzten Sonntag in rund 30 000 Versammlungen die Saardeutschen sich zum deutschen Vaterland bekannt. Es ist der Ausbruch eines Volkes, wie er in dieser demonstrativen Gewalt kaum je erlebt wurde. Und wenn in den nächsten Tagen die geschmückten Sonderzüge mit den Abstimmungsberechtigten der Saar zuziehen werden, dann darf das deutsche Volk die Gewißheit zurückbehaltend, daß am 13. Januar jeder Saardeutsche seine Pflicht tun wird. Denn wie in der Saarbrücker Kundgebung betont worden ist, ist es durch die Enthüllungen der letzten Wochen noch manchem wie Schuppen von den Augen gefallen, daß da glaubte, daß die Separatisten sich tatsächlich für Deutschland einsetzten. Heute wissen es alle, daß der Status-quo-Separatismus nur ein Richtungsziel hat: Frankreich. Daran ändern keine noch so fadenförmigen Erklärungen etwas. Frankreich hat den Status-quo-Separatismus mit allen Mitteln unterstützt in der Hoffnung, auf diesem Umwege, doch noch zu erreichen, was englischer Reiz und amerikanische Mißgunst in Versailles nicht zuließen. Denn so schrieb vor etwa vierzehn Jahren ein französischer Journalist, als er die Aufgaben der Saarregierung kennzeichnete. Damals hoffte man in Frankreich noch mit Clemenceau, daß fünfzehn Jahre ausreichen würden, um die Bevölkerung an der Saar zu einer anderen als deutschen Bestimmung zu bekehren.

Jetzt hat man sich auch in Frankreich davon überzeugt, daß diese Hoffnung sich nicht erfüllt hat, daß sie sich nie erfüllen wird. Das Saarvolk ist deutsch, und daß es deutsch bleiben will, hat der Ausbruch an der Saar am 6. Januar bewiesen.

## Beginn der Abstimmung

### Vorabstimmung der Beamten im Saargebiet

Saarbrücken, 8. Januar.

Die Saarabstimmung hat am Montag um 1/2 9 Uhr mit der Abstimmung gewisser Gruppen von Abstimmungsberechtigten, die am 13. Januar anderweitig stark in Anspruch genommen sein werden, praktisch begonnen. Unter diese Gruppen, für die in den Kreisstädten Wahllokale eingerichtet sind, fallen u. a. die Landräte und Bürgermeister, die Personen, die der Polizei und dem Landjägerkorps angehören, die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Eisen- und Straßenbahnen, der Kraftomnibuslinien, des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens sowie das Personal der Krankenhäuser und Gefängnisse.

Für Saarbrücken-Stadt sind in der Rauniesener Schule drei Wahlbüros eingerichtet worden, in denen, abgesehen von einem stattdessen Aufgebot von Tonfilmoperatoren und Photographen, kein besonders lebhafter Verkehr herrscht. In einem Lokal hatten in den ersten dreiviertel Stunden nur drei Personen von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. An langen Tischen saßen in den drei Schulzimmern die drei Wahllokalbeamten, umgeben von ihren vier Beisitzern, die sich aus Vertretern der Deutschen Front und der Rückkehrer zusammensetzen. Die beiden feindlichen Parteien werden durch den Vorsitzenden und die neben ihm stehende graugrüne Wahlurne etwa in Größe eines deutschen Briefkastens getrennt. Die Urne trägt in großen weißen Buchstaben die Aufschrift „Vorabstimmung Saarbrücken-Land“. Die Wahlprüfer sehen die Abstimmungsausweise und Personalausweise der Personen, meist Landjäger und Polizeibeamte, ein. Die Stimmberechtigten begeben sich dann in die Zelle, stecken ihren Stimmzettel ungefaltet in einen grünen Umschlag und übergeben ihn dann dem Vorsitzenden, der ihn gemeinsam mit dem Abstimmungsausweis des Betroffenen in einen weiteren Umschlag, einen Fensterbriefumschlag, steckt, auf dem genaue Angaben über den Wahlbezirk und die Bürgermeisterei des Stimmberechtigten gemacht werden. Dieser Umschlag wird vom Vorsitzenden persönlich zugesteckt und mit dem Amtssiegel versehen. Der Stimmzettel wird dann in diesen doppelten Briefumschlag in die Urne gesteckt. Die voraussichtlich nicht sehr starken Bündel von Stimmzetteln werden nach Schluß der Vorabstimmung, am Dienstag um 20 Uhr, herausgenommen werden. Sodann werden sie dem Wahlbezirk überwiesen, dem der betreffende Abstimmungsbezirk nach den Aufzeichnungen auf dem Fensterbriefumschlag angehört. Am Wahlsonntag selbst werden dann die Fensterbriefumschläge entfernt und von neutralen Beamten die Umschläge mit dem Stimmzettel in die jeweilige Wahlurne des zuständigen Abstimmungsbezirks gesteckt werden. Es sind besondere Vorkehrungen dafür getroffen worden, daß gerade bei diesem Wahlakt das Abstimmungsgeheimnis unter allen Umständen gewahrt wird. Man rechnet für Saarbrücken-Stadt mit einer Gesamtbeteiligung von etwa 1200 Wahlberechtigten.

Etwas bewegter sieht es in dem Vorabstimmungsbüro von Saarbrücken-Land in der Kreispartei zu Saarbrücken aus, wo nur in einem Raum Gelegenheit zur Stimmabgabe geboten ist.

Gleichzeitig finden in Gefängnissen und Krankenhäusern Vorabstimmungen statt, die unter der Leitung des Norwegers Loederup vorgenommen werden. Alle Saarbrücker Strafgefangenen wurden zur Bornahme dieser Wahlakte nach der Verhaftung geschafft. Diese Bornahme kann nach den Abstimmungsbestimmungen drei Tage dauern.

### Versammlungsverbot ab 10. Januar

Die Abstimmungskommission hat in Uebereinstimmung mit der Regierungskommission eine Verordnung erlassen, nach der die Veranstaltung öffentlicher oder geschlossener Versammlungen, auch solcher zu gesellschaftlichen Zwecken, soweit diese in Orten oder in Räumlichkeiten stattfinden, die dem Publikum gewöhnlich zugänglich sind, vom 10. Januar bis zum Zeitpunkt der amtlichen Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses verboten sind. Von dieser Regelung sind jedoch Theater- und Lichtspieltheater-Aufführungen ausgenommen.

### Der Saarbevollmächtigte spricht am 9. Januar

Der Saarbevollmächtigte des Reichskanzlers, Gausler Bärkel, spricht nicht, wie ursprünglich gemeldet, am 11. Januar, sondern am Mittwoch, dem 9. Januar, 20 Uhr, in einer öffentlichen Kundgebung in der Fruchthalle zu Kaiserslautern vor den Vertretern der in- und ausländischen

Presse über das Thema: „Am 13. Januar: Den Weg frei zur Verständigung!“ Die Rede wird in der Zeit von 20 bis 22 Uhr über alle deutschen Sender übertragen.

## Sorgen der Abstimmungskommission

Schreiben an die Bischöfe von Trier und Speyer.

Die Abstimmungskommission des Saargebietes hat an die Bischöfe von Speyer und Trier ein Schreiben gerichtet, das gleichzeitig in der Saarpresse veröffentlicht wurde und in welchem sie sich gegen die Erklärung wendet, die die Dekanate als Sachwalter der katholischen Kirche im Saargebiet über die Abstimmung veröffentlicht haben, und gegen die bekannten Schreiben der Bischöfe von Speyer und Trier. Die Abstimmungskommission behauptet, daß es sich um ein „rechtswidriges Eingreifen“ in die politischen Vorgänge im Saargebiet handele, das eine Beeinflussung mit sich bringen könne in der Art, daß die Freiheit der Abstimmung gefährdet werden könne.

Die Sorge der Abstimmungskommission sollte sich nach allgemeiner Auffassung intensiver auf andere Stellen richten, die sich unbefugt in den Abstimmungskampf einmischen. Bisher ist noch nicht bekannt geworden, daß die Abstimmungskommission etwas gegen die französische Grubenverwaltung unternommen hat, die mit materiellen Nachhilfen und ausgeklügeltem Spießbüchsen einen unerlaubten Druck auf die laotändischen Bergleute und darüber hinaus eine politische Herrschaft über die abstimmungsberechtigten Bevölkerung auszuüben sucht.

## Senatspräsident Greiser in Warschau

Zweitägiger Antrittsbesuch bei der polnischen Regierung.

Danzig, 8. Januar.

Der Danziger Senatspräsident Greiser ist zu dem angekündigten offiziellen Antrittsbesuch bei der polnischen Regierung in Warschau eingetroffen.

In seiner Begleitung befinden sich der Wirtschaftssenator Huth, Senatsrat Böttcher, Regierungsrat Blume von der auswärtigen Abteilung des Senats sowie der Adjutant des Senatspräsidenten, Hauptmann der Schuppolizei Kölle.

Zur Begrüßung waren auf dem Bahnhof u. a. erschienen Minister Jomazyli in Vertretung des Ministerpräsidenten, der Kabinettschef des Außenministeriums Dembicki in Vertretung des Außenministers, Graf Romer als Vertreter des Staatspräsidenten, ferner Vertreter der zivilen und militärischen Behörden. Der Besuch des Staatspräsidenten wird entgegen dem ursprünglichen Programm auf einen weiteren Tag ausgedehnt. Die Danziger Gäste werden sich am heutigen Dienstag in das Schloß Spala bei Tomaszow begeben, um dort dem polnischen Staatspräsidenten einen Besuch abzustatten.

Die Vertreter des Danziger Senats unter Führung von Senatspräsident Greiser stellten dem polnischen Ministerpräsidenten Kozlowski einen Besuch ab. Anschließend wurden sie von Außenminister Beck zu einem Frühstück geladen, an dem u. a. Vertreter der polnischen Regierung und der polnische Vertreter in Danzig Papez teilnahmen.

## Von gestern bis heute

Übernahme der württembergischen Justizverwaltung.

In einem feierlichen Akt wurde in Anwesenheit des Reichsjustizministers Dr. Gürtner die Übernahme der württembergischen Justizverwaltung auf das Reich vollzogen. Zu dem Festakt, der im großen Sitzungssaal der früheren Ersten Kammer in Stuttgart stattfand, hatten sich mit dem Reichsminister eingefunden Staatssekretär Dr. Schlegelberger, die Ministerialräte Dr. Sauer und Wagner als Sachbearbeiter für die Verordnungsfragen, Reichsstatthalter Murr, Ministerpräsident Wergenthaler und die übrigen württembergischen Minister.

Kundgebung der Deutschen Christen.

Aus allen Ecken des Reiches waren die Vertreter der Deutschen Christen in Berlin um den Leiter der Reichsbewegung Dr. Rinder versammelt. In Einmütigkeit bekannten sich die Vertreter des evangelischen Kirchenvolkes mit allen hinter ihnen stehenden Kreisen zu der Willenskundgebung der Führerschaft des Deutschen Reiches vom 4. Januar: Treu dem Führer und Kanzler, aufbaufreudig im Reich, friedensbereit in der Kirche! In allen evangelischen Gotteshäusern Deutschlands wird am Sonntag, den 13. Januar, in Gebet und Predigt der Volksgenossen an der Saar in ihrer entscheidungsvollen Stunde fürbetend gedacht werden.

Englische Jugend bei Ministerpräsident Göring.

Am Abschlusstag des deutsch-englischen Jugendlagers, das diesmal in Berchtesgaden abgehalten worden ist, wurden die deutschen und die englischen Teilnehmer von Ministerpräsident Göring auf dem Obersalzberg begrüßt. Ministerpräsident Göring fand sehr anerkennende Worte für die wertvolle ständige Arbeit dieser Lager. Die deutschen und die englischen Teilnehmer berichteten begeistert über ihre Erlebnisse im Gemeinschaftslager.

Kommunistische Geheimorganisation in Vorarlberg.

Wie das Nachrichtenblatt der österreichischen Bundesbahnen berichtet, häufen sich in Vorarlberg die Fälle, in denen sich Bedienstete und Ruhestandler der Bundesbahnen an kommunistischen Umtrieben beteiligen. In 43 Fällen wurde in diesem Zusammenhang die Entlassung und Streichung des Ruhestandsbezuges verfügt, davon 29 allein in Stubenz. Wie hierzu noch berichtet wird, hängen diese Maßnahmen mit der Aufdeckung einer Geheimorganisation in Vorarlberg zusammen, wobei etwa 130 Verhaftungen vorgenommen wurden. Diese kommunistische Geheimorganisation steht in Verbindung mit einer illegalen Zentrale in Wien.

Rundfunkbotschaft MacDonalds.

In einer durch den Rundfunk verbreiteten Botschaft an das britische Volk sagte Ministerpräsident MacDonalld u. a. die Aussichten seien verheißungsvoll. Alles deutete darauf hin, daß das neue Jahr eine Besserung des Handelsverkehrs, steigende Löhne und zunehmende Beschäftigung bringen werde.

Die letzten Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien hätten in erster Linie den Zweck, zu entdecken, wie Hindernisse für das gegenseitige Vertrauen und die Sicherheit des Friedens beseitigt werden könnten. Diese Verhandlungen berechneten zu der Hoffnung, daß es im neuen Jahr einen großen Fortschritt in der Beruhigung Europas geben werde.

## Merlei Neuigkeiten

Auf der Landstraße niedergestochen. Von der Staatsanwaltschaft Frankfurt a. O. wurde die Berliner Nordkommission nach Herzberg bei Glienicke gerufen. Dort ist der Arbeiter Herbert Radtke auf der Landstraße zwischen Glienicke-Lindberg im Kreise Beestow-Storfow erstochen aufgefunden worden. Nach dem Stand der ersten Ermittlungen ist der Ermordete, als er auf dem Rückweg von einem Tanzvergnügen in Glienicke war, von zwei Radfahrern angepöbeln worden. Schließlich ist einer der unbekannteren Fahrer abgestiegen, hat sein Messer gezogen und Radtke mehrere Stichwunden beigebracht, die zu seinem Tode führten. Nach der Tat stüchteten die Radfahrer in unbekannter Richtung.

Verwegener Raubüberfall. In Beende bei Göttingen drangen abends zwei verummte Burken in die Wohnung des Kaufmanns Baake und verlangten von ihm mit vorgehaltenem Revolver Geld. Als Baake die Räuber hinzubalten versuchte, feuerte der eine. Baake brach schwer getroffen zusammen. Die beiden Burken stüchteten. Sie entkamen unerkannt. Baake brachte noch die Kraft auf, sich zum Fenster zu schleppen und um Hilfe zu rufen. Sein Zustand ist bedenklich.

Fleischvergiftung. 12 Personen aus Großalmerode bei Kassel, die beim Schweineschlachten geholfen hatten, wurden in das Landeskrankenhaus mit Vergiftungserscheinungen eingeliefert. Später wurden noch weitere 18 Erkrankte in Kasserler Krankenhäuser übergeführt. Die Vergiftung soll nicht auf den Genuß des Schweinefleisches, sondern auf den zugekauften Rindfleisch zurückzuführen sein. Lebensgefahr soll für die Erkrankten nicht bestehen.

Stavistys Millionenchwandel. Der Untersuchungsrichter für den Stavistys-Fall hat den zusammenfassenden Bericht des ausländigen Bücherrevisors erhalten. Danach hat Stavistys zwischen den Jahren 1928—1933 über eine Summe von 259 Millionen Franken verfügt. Für 218 Millionen sind seine Ausgaben belegt. Es fehlen Angaben über 41 Millionen Franken.

Refordfälle in der Sowjetunion. In den letzten Tagen herrschte im europäischen Teil der Sowjetunion und in Sibirien strenge Kälte. In Moskau sank die Temperatur bis unter 33 Grad Celsius. Auch die Ukraine meldet Refordtemperaturen. Aus Sibirien werden starke Schneefälle gemeldet. In der Gegend von Sretenski, Uchita und Werschneudinsk ist der gesamte Eisenbahnverkehr durch Schneewehen lahmgelegt worden. Die Bevölkerung und Militärabteilungen wurden mobilisiert, um die Gleise von den ungeheuren Schneemassen zu befreien.

Piratenüberfall bei Hongkong. Ein chinesischer Küstendampfer wurde auf der Fahrt nach Macao nur 20 Meilen von Hongkong entfernt von Seeräubern überfallen. Drei Chinesen wurden von ihnen als Geiseln mitgenommen.

## Eisenbahnunglück in der Sowjetunion

Moskau, 8. Januar. In der Nacht sind auf der Strecke Moskau—Leningrad die Schnellzüge 25 und 27 zusammengefahren. Mehrere Personenwagen wurden zertrümmert. Ueber die Zahl der Toten sind amtliche Mitteilungen noch nicht erfolgt, doch befürchtet man, daß die Zahl der Todesopfer recht beträchtlich sein wird, da beide Züge stark besetzt waren.

Im Zusammenhang mit dem Unglück auf der sogenannten „Oktobereisenbahn“, 217 Km. südlich Leningrads zwischen Malaja Wischera und dem wichtigen Knotenpunkt Bogosje, wurde eine Reihe von Eisenbahnbeamten des Streckenabschnittes in Haft genommen. Der Verdacht, daß ein Sabotageakt das Unglück verursacht hat, wird hierdurch verstärkt. Die Eisenbahnverwaltung und das Volkstribunal des Inneren haben noch immer die Zahl der Opfer nicht genannt. Es verlautet indessen, daß die Rettungsmannschaften schon über 20 Leichen geborgen haben.



Der Stellvertreter des Führers

sprach am Vorsonntag der Saarabstimmung im Berliner Sportpalast. Neben den in der Reichshauptstadt weilenden Saardeutschen nahmen 20 000 Menschen an der gewaltigen Saarabstimmung teil.